Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 226. **Mittwoch** den 13. August 1884. **78. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Gesucht

wird der am 13. August 1848 hierselbst geborene Handarbeiter **Carl Julius Ernst Just**, welcher sich wiederholt der Fürsorge für seine Familie entzogen hat und zur Erfüllung seiner Nährpflicht anzuhalten ist.

Leipzig, den 6. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Schleißner. Wendt.

Erledigt

hat sich unsere den Dachdecker Georg Heinrich Richard Mayer von hier betreffende Bekanntmachung vom 30. vor. Mts. durch Gestellung desselben.

Leipzig, am 8. August 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Vol.-Rath. Rdr. Feldig.

Submission.

Die **Umdeckung eines Schieferdaches** soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Kostenanschlag und Contractsbedingungen liegen an hiesiger Stelle zur Einsicht und Unterschrift aus. Verschlossene Offerten mit der Aufschrift: **„Dachdecker- bez. Klempner-Arbeiten"** sind **bis 20. dss. Vormittag 10 Uhr portofrei** anher einzusenden.

Leipzig, den 9. August 1884.

Königliches Garnison-Lazareth.

Auction.

Donnerstag, den 14. August 1884, Vormittags 11 Uhr sollen im Auctionslocale des hiesigen Königlichen Amtsgericht verschiedene Pfänder, als:

Kleider- und Schreibsecretaire, Tische, Stühle, Küchenschränke, Sophas, Betten, Waarenschränke, Regale, ferner 1 Pianino, 1 Zeitgeltmaschine, 1 Augsburger Schnellpresse, 1 Ziegeldruckerpresse, 1 Schneidemaschine, ca. 500 Stück zur Verzierung von Blech- und Porzellan-Waaren sich eignende Abziehbilder (Metachromatypie, goldbedeckt)

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 11. August 1884.

Singer, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland und der Orient.

II.

* Von den jungen Balkanstaaten beansprucht namentlich **Serbien eine** erhöhte politische und wirthschaftliche Aufmerksamkeit. Mit wahrhaft bewundernswerthem Heldenmuthe und zäher Energie hat das serbische Volk die ihm verhaßte Türkenherrschaft abgeschüttelt und seine nationale Selbstständigkeit errungen. Den Grundstein zu dieser legte Milosch Obrenowitsch in dem Zeitraume von **1817 bis** 1830. Von gesetzgeberischer und administrativer **Theorie** verstand der aus dem Volke hervorgegangene Fürst absolut nichts. Er besaß aber guten Willen, scharfen Blick, Verstand und Thatkraft, sowie eine gründliche Kenntniß seines Landes und Volkes. Er regierte autokratisch und patriarchalisch, berücksichtigte aber stets die Sitten und Gewohnheiten des Landes. Von einem bureaukratischen Verwaltungsapparat wollte er nichts wissen und noch weniger von gewissen finanziellen Transactionen, mit denen der im österreichischen Solde stehende Bontoux das Land s. Z. heimgesucht hat. Bei den Ausgaben richtete sich Milosch Obrenowitsch stets nach den Kräften des Landes und hütete sich ebenso sehr vor Ueberstürzungen wie vor gewissen Paradeeinrichtungen, welche in nur den Zweck verfolgen, dem Auslande Sand in die Augen zu streuen. Der einsichtsvolle Fürst sorgte vor Allem für Volksschulen, so daß seit drei Jahrzehnten die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen sich im Lande sehr vermindert hat. Besonders befähigte Jünglinge schickte er zur Ausbildung nach dem Auslande, ermahnte sie aber nach ihrer Rückkehr zur Bewahrung der schlichten Sitten ihres Vaterlandes.

Seither sind viele andere Reformen eingeführt worden, das überaus fruchtbare Land mit seinen intelligenten Bewohnern geht immer rascheren Schrittes einer gedeihlichen Entwickelung entgegen, für welche durch einen auf gleichmäßiger Vertheilung des Grundbesitzes zur Wohlhabenheit gelangten Bauernstand die günstigsten Vorbedingungen vorhanden sind. Für die Volksbildung wird viel gethan, der Schulunterricht ist durchweg unentgeltlich und die öffentliche Sicherheit läßt wahrhaftig nichts zu wünschen übrig. Das Land besitzt überdies ein wohlerhaltenes Straßennetz, zu dem schon Fürst Milosch vor vierzig Jahren den Grund gelegt hat.

Die fortschrittlichen Bestrebungen der serbischen Bevölkerung gehen schon aus den vielfachen Wünschen hervor, welche sich auf den möglichst raschen Ausbau der Eisenbahnen beziehen; ernstlich wird daran allerdings erst nach Vollendung der Hauptbahnen gegangen werden können. Gelegentlich der Berathung des deutsch-serbischen Handelsvertrages im Frühlinge 1883 ist im deutschen Reichstage bedauert worden, daß über Serbiens Außenhandel im Allgemeinen und im Besonderen mit Deutschland nähere Angaben nicht vorliegen. Im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1878 ward die Einfuhr Serbiens auf 32, seine Ausfuhr auf 29 Millionen Mark veranschlagt, woran Deutschland mit 1, beziehungsweise 3.1 Millionen Mark betheiligt gewesen sein soll. So viel steht aber jedenfalls fest, daß der deutsche Waarenverkehr nach Serbien noch einer großen Entwickelung fähig ist.

Wesentlich anders und weniger günstig liegen die Dinge in Rumänien, dessen Volkscharakter dem serbischen oder südslawischen überhaupt entschieden nachsteht. Der auf seine angeblich lateinische, ist oft „römische" Abstammung nicht wenig eingebildete Rumäne ist nicht so arbeitsam und thätig wie der Slave, sondern überaus bequem, falls man mit diesem Ausdrucke die richtige Bezeichnung „faul" umschreiben will. Dieser unvortheilhafte Charakterzug der Rumänen ist natürlich ein großes Uebel, an dem das ganze öffentliche, politische und wirthschaftliche Leben des Landes krankt. Darauf hat erst unlängst der rumänische Ministerpräsident Bratiano in sehr drastischer Weise hingewiesen. „Wir müssen es dahin bringen", äußerte er in der Kammer, „daß die Rumänen von nun an doppelt so viel arbeiten als bisher, mindestens aber eben so viel als die Fremden, weil wir noch viel zu thun haben, um den Concurrenzkampf mit unseren Nachbarn aufnehmen zu können. Wissen Sie, warum bei uns Jedermann bemüht ist, ein öffentliches Amt zu erhaschen, seine Güter zu verpachten und statt deren Selbstbewirthschaftung einen schlecht bezahlten Posten anzunehmen? Weil wir uns daran gewöhnt haben, möglichst wenig zu arbeiten. Betrachten Sie beispielsweise die Cafés, oder wie man sie jetzt nennt: Clubs oder Casinos, und fragen Sie sich, wer in denselben zu allen Tages- und Nachtstunden zu finden ist. Im Winter begegnet man dort wohl einigen Gutsbesitzern oder Pächtern, aber im Sommer liegen dort ausschließlich die Beamten herum."

Den rumänischen Großhandel beherrscht noch zumeist die griechische, seit dem Phanariotenthum begründete Colonie, während der Kleinhandel fast ausschließlich von den verhaßten Juden betrieben wird. In den Hafenstädten haben sich die Engländer festgesetzt, deren Ausfuhr- und Einfuhrhandel ein ungemein lebhafter ist. Unmittelbar nach diesen müssen die Franzosen genannt werden, die namentlich in der Hauptstadt des Landes stark vertreten sind, wo sie fast alle größeren Actiengesellschaften und noch mancherlei andere Unternehmungen gegründet haben. Viel zahlreicher als die Griechen, Engländer und Franzosen sind die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn, aber leider von nur geringem Einflusse. Die österreichischen Staatsangehörigen sind vorwiegend Juden und als solche in Rumänien, wie bekannt, nicht wohl angesehen, während die ungarischen Unterthanen, Magyaren, Deutsche, Slawen und Rumänen, zumeist als Dienstleute Verwendung finden, aber als solche gesellschaftlich nichts zu bedeuten haben. Die Deutschen dagegen sind, von einzelnen Aerzten, Lehrern und Technikern abgesehen, vorwiegend Kleingewerbetreibende und erfreuen sich als solche großer Anerkennung. Wenn sie zu einigem Wohlstand gelangt sind, verlassen sie nicht, wie die Engländer, Franzosen und Griechen das Land, sondern bleiben ihm treue und tüchtige Angehörige. Deutsche Aerzte, Techniker, zumal Bautechniker, deutsche Handwerker finden in Rumänien noch immer ein weites, lohnendes Gebiet für die Verwerthung ihrer Kenntnisse. So heißt es auch in dem Berichte des österreichisch-ungarischen Generalconsuls zu Bukarest vom Jahre 1882, daß „die Nachfrage nach deutschen Erzieherinnen in Zunahme begriffen sei, weil das deutsche Element trotz mancher Hindernisse und Vorurtheile an Boden gewinne." Zu dem Aufschwunge des Landes hat also deutsche Arbeit mit bekannter Uneigennützigkeit wirksam mitgeholfen, weshalb es ebenso natürlich als billig ist, wenn die deutschen Elemente Rumäniens, nachdem sie sich seit der Wiedererhebung Deutschlands ihrer nationalen Zusammengehörigkeit bewußt geworden, auf die stete Vermehrung der wirthschaftspolitischen Beziehungen mit Deutschland bedacht sind.

Schließlich wäre noch die jüngste staatliche Schöpfung im europäischen Osten, das Fürstenthum Bulgarien, zu erwähnen. Dasselbe scheint aber aus mancherlei Gründen noch allzu sehr ein politisch-nationales Provisorium zu sein, um an seine wirthschaftliche Entwickelung einen zuverlässigen Maßstab anlegen zu können. Ueberhaupt darf nicht vergessen werden, daß die nationale Bewegung auf der Balkanhalbinsel noch keineswegs ihren endgiltigen Abschluß erreicht hat. Welche Veränderungen aber dort noch eintreten mögen, dem politischen Interesse Deutschlands können sie nicht zuwiderlaufen und noch weniger seiner Wirthschaftspolitik im Orient.

Leipzig, 13. August 1884.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage:

In charakteristischer Weise wendet sich die deutschfreisinnige Presse der Betrachtung der kirchenpolitischen Lage zu. Indem sie sich der Auffassung anschließt, daß sich eine Wendung in dem Verhältnisse zwischen der preußischen Regierung und der Curie zu vollziehen scheine, drückt sie die entschiedensten Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Wendung aus. Wir wollen in diesem Puncte nicht widersprechen, können aber nicht umhin, die aus langer Uebung gewonnene Gewandtheit zu bewundern, mit welcher die linksliberale Presse auch diese Betrachtung zu einem Ausfalle gegen die nationalliberale Partei zuzuspitzen versteht. Während die „Kreuzztg." aus dem Mißerfolge der Schlözer'schen Mission womöglich eine nationalliberale Erfindung machen möchte, um das Bündniß mit dem Centrum ungestört weiter pflegen zu können, kommen ihr die deutschfreisinnigen Blätter, die „Liberale Correspondenz" voran, zu Hilfe, indem sie versichern, eine etwa in der nächsten Zeit hervortretende Spannung zwischen der Regierung und den Ultramontanen werde, sobald die Wahlen vorüber seien, wieder einem freundschaftlichen Verhältnisse Platz machen; man werde vielleicht wieder eine lebhafte Kanonade zwischen den Officiösen und dem Centrum vernehmen, dieselbe habe indessen nichts auf sich, sie solle nur die Nationalliberalen für die Wahlen in guter Stimmung erhalten. Daran wird dann der Vorwurf gegen die Nationalliberalen geknüpft, sie seien es, welche eine unzweifelhaft sichere und feste liberale Mehrheit im nächsten Reichstage und damit eine Kirchenpolitik im Sinne der Liberalen verhinderten. Wir wollen auf den alten Streit darüber nicht eingehen, wer die Spaltung innerhalb des Liberalismus erweitert und das Zustandekommen einer liberalen Mehrheit bisher hauptsächlich verhindert hat. Es wäre nachgerade überflüssig, darzuthun, wie die ganze Taktik der Secession weniger auf eine Ausdehnung als auf eine Linksschiebung des Liberalismus hinauslief, und wie diese Bewegung, deren Tendenz in der Bildung der deutschfreisinnigen Partei endlich unverhüllt zur Erscheinung kam, die intensive gegenseitige Befehdung der liberalen Parteien und die zunehmende Einflußlosigkeit des Liberalismus verschuldet hat. Derartige Vorwürfe sollte man sich nun bald auf jener Seite sparen. Wo sie nach Eindruck machen können, wissen wir nicht; jedenfalls werden sie die nationalliberale Partei in ihrer Haltung nicht irre machen. Die Ansicht, in Gemeinschaft mit Herrn Richter die „Kirchenpolitik im Sinne der Liberalen" durchzuführen, hat für uns nicht so viel Verlockendes, als die „Liberale Correspondenz" vielleicht glaubt. So gern wir auf anderen Gebieten die deutschfreisinnige Partei als unsere Bundesgenossin an unserer Seite sehen, gerade auf dem kirchenpolitischen hat sie uns nicht das erforderliche Vertrauen einzuflößen vermocht. Wenn wir fragen, was denn heute eine „Kirchenpolitik im Sinne der Liberalen" ist, so vermuthen wir, daß selbst innerhalb der deutschfreisinnigen Partei die Antworten verschieden lauten werden. Wir wollen annehmen, daß die kirchenpolitischen Anschauungen des Herrn Hänel sich heute nicht mehr in einem so ausgesprochenen Gegensatze zu den ausschlaggebenden des Herrn Richter befinden, wie noch vor wenigen Jahren; wenn wir uns aber erinnern, daß die Secession mit der Anklage gegen die Freunde des Herrn von Bennigsen eingeleitet wurde, sie hätten durch zu große Nachgiebigkeit im Kirchenconflicte die „Würde der Nation" geschädigt, dann vermögen wir uns trotz der Rede von Oels und trotz zahlreicher widersprechender Reden und Abstimmungen noch nicht vorzustellen, daß jene Hüter der staatlichen Würde gegen ultramontane Ansprüche bereits Herrn Richter das uneingeschränkte Mandat ertheilt haben, in ihrem Namen einer gelegentlichen deutschfreisinnig-clerikalen Coalition an Stelle der conservativ-clerikalen die Wege zu ebnen. Uns ist jedenfalls nicht klar, was wir und unter einer Kirchenpolitik „im Sinne der Liberalen" nach den Erfahrungen der letzten Sessionen vorzustellen haben. Suchen wir Bundesgenossen für eine unsere Auffassungen entsprechende Kirchenpolitik, dann suchen wir sie nicht bei den Deutschfreisinnigen, und wir begreifen es vollkommen, wenn die clerikalen Blätter erklären: „Das Centrum wird, vor die Entscheidung zwischen einem Nationalliberalen und einem Deutschfreisinnigen gestellt, niemals zu Gunsten des Ersteren entscheiden." Wenn eine kirchenpolitische Phase eintreten sollte, welche dem Centrum eine veränderte Stellung in den Berechnungen der Regierungspolitik anweist, so werden wir allerdings abzuwarten haben, ob nicht über kurz oder lang wieder in die trauten Bahnen des Diplomatisirens eingelenkt wird. Vor übergroßer Vertrauensseligkeit in dieser Beziehung fühlen wir uns sicher. Andererseits ist uns um das Ende der conservativ-clerikalen Politik nicht bange. Alle Anzeichen deuten darauf, daß wir uns bald mitten in dem angedrohten Kampfe um die Schule befinden werden, und die Schule ist der Punct, in welchem für den preußischen Staat jede Möglichkeit eines schwächlichen Nachgebens gegen ultramontane und erzhodege Herrschaftsgelüste aufhört. Dieser Kampf wird hoffentlich nicht nur zwischen Centrum und Regierung, sondern auch innerhalb der conservativen Partei eine heilsame Scheidung und Klärung bewirken. Die Leute der „Kreuzztg." werden dann in ihrer Stellung zwischen Staat und Kirche Farbe bekennen müssen. Was aber die gegenwärtige Lage anbelangt, so werden diejenigen Bevölkerungskreise, welche die einflußreiche Stellung einer ebenso starken Interessen dienenden Partei in der deutschen Volksvertretung beklagen, sich vergegenwärtigen müssen, daß diese ausschlaggebende Stellung wesentlich ein Product der Hinneigung der politischen Parteien zum Extrem und ganz besonders der Oppositionsmacherei ist, in welcher die deutschfreisinnige Partei das Heil des Liberalismus sucht. Nur eine Mehrheit, welche entschlossen ist, der Regierung die nothwendigen Mittel zum Schutze unseres nationalen Staatswesens gegen äußere und innere Feinde zu gewähren und die sich bei aller Wahrung der politischen Ueberzeugung in den unaufschiebbaren Reformen ehrlich zu unterstützen, wird die Regierung in die Lage bringen, auf die Hilfe des Centrums zu verzichten und dem Staate die Opfer an Rechten und an seiner Würde zu ersparen, durch welche diese Hilfe allein erkauft werden kann. Die extremen Richtungen auf der Rechten wie auf der Linken haben in dieser Mehrheit keinen Platz.

* Die **nationalliberale Partei** hat im **Meininger Wahlkreise**, der durch die von gegnerischer Seite betriebene Agitation mehrfach die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, einen schwierigen Stand, zumal sie dort der Unterstützung durch ein eigenes, nachdrücklich für sie eintretendes Organ entbehrt. Wie uns mitgetheilt wird, steht die baldige Abstellung dieses Mangels in Aussicht.

* Die vorbereitenden Schritte, welche für die **Bildung und Abgrenzung der Unfall-Berufsgenossenschaften** eingeleitet werden müssen, sind in vollem Gange. In Folge der Anregung, welche der Centralverband deutscher Industrieller gegeben hat, sind die Mitglieder des Vereins der süddeutschen Baumwoll-Industriellen auf den 18. d. M. nach Stuttgart zu einer Versammlung einberufen, um die Frage zu erörtern, in welchem Umfange für die Baumwoll-Industrie die Unfallsgenossenschaft beantragt und ins Leben gerufen werden soll; am 15. d. M. tritt der Ausschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zu einer Berathung zusammen, und am 1. September findet in Folge eines Aufrufs, welchen der Vorsitzende des Centralvereins der deutschen Wollenwaaren-Fabrikanten erlassen hat, eine große Versammlung der Woll-Industriellen in Leipzig statt; am 4. September wird der Verein der deutschen Leinen-Industriellen zu einer Sitzung zusammentreten, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie wird im September wie es heißt, in Dresden tagen, und der Verein deutscher Papierfabrikanten hat bereits einleitende Beschlüsse für die Bildung eines einheitlichen Verbandes durch ganz Deutschland gefaßt. Für die übrigen Industriezweige, welche im Centralverbande deutscher Industrieller vereinigt sind, sind gleichfalls Conferenzen in Aussicht genommen, und voraussichtlich am 15. September findet die Versammlung der Delegirten aller Vereine des Centralverbandes in Frankfurt a. M. zum Zwecke der Aufstellung eines allgemeinen Tableaus statt. Auch mit Vereinen, welche nicht zum Centralverbande gehören, sind Verhandlungen eingeleitet und insbesondere ist auch bei einigen Berliner Großindustriellen die Anregung dafür gegeben, wie die Bildung der Unfallsgenossenschaft für die Stadt Berlin ins Werk gesetzt werden soll.

* Der Ernennung des Herrn Dr. **Schweninger** zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Berliner Universität ist eine andere gefolgt, die allerdings nicht ebensoviel Staub in der Tagespresse aufwirbeln dürfte. Dr. **Mendel**, der lange Zeit eine stark in Anspruch genommene Privatirrenanstalt in dem Berlin benachbarten Pankow geleitet und zugleich als Privatdocent an der Universität über Psychiatrie gelesen hat, ist außerordentlicher Professor geworden. In wissenschaftlichen Kreisen ist man mit der Beförderung vollkommen einverstanden, hat sie sogar schon seit geraumer Zeit erwartet. Nur die antisemitischen Blätter werden ein Geschrei erheben, weil Herr Mendel erstens Jude und zweitens ein sehr freisinniger Mann ist, der bei allen Wahlen für seine Ueberzeugung agitatorisch thätig war. Dem Reichstage gehörte er während der dritten und vierten Legislaturperiode als Mitglied der Fortschrittspartei für den Wahlkreis Niederbarnim an, auch saß er im Kreistage desselben Kreises. Er ist etwa zehn Jahre älter als Herr Schweninger.

* Nicht ohne Grund berichten die in der **Provinz Posen** erscheinenden polnischen Blätter von Zeit zu Zeit über thatsächliche oder angebliche Germanisirung polnischer Güter oder Gemeinden. Sobald ein polnisches Rittergut in deutschen Besitz übergegangen ist oder sobald in Kirche und Schule, namentlich in sprachlich gemischten Gemeinden, der deutschen Sprache ein größeres Feld eingeräumt wird, versäumen die polnischen Organe niemals, diese Thatsachen als fortschreitende Germanisirung der ehemals polnischen Landestheile zu kennzeichnen. So schrieb vor Kurzem der „Dziennik Poznanski" über den Kreis Flatow in Westpreußen: „Still und unbemerkt vollzieht sich hier das traurige Drama der Germanisirung der polnischen Bevölkerung. Die Hauptursachen dieser Erscheinung sind einerseits in dem Mangel an polnischen Gutsbesitzern, andererseits in der passiven oder vielmehr friedfertigen Haltung, welche die hiesige Geistlichkeit in polnisch-nationalen Dingen beobachtet, zu suchen. Die Herrschaft Flatow mit Krojanke fiel bekanntlich nach der Theilung Polens der preußischen Krone zu und gegenwärtig bezieht die Einkünfte derselben der Prinz Friedrich Karl von Preußen. Zu dieser Herrschaft gehören 18 Domainen, ebenso viele Förstereien. Im Besitz von Polen befinden sich nur wenig Güter und noch weniger sind sie von Polen gepachtet. Wie wir vernehmen, soll in diesen Tagen wieder ein polnisches Gut von mehreren Tausend Morgen in deutschen Besitz übergehen. Die Sachen stehen bei uns schlecht, um so schlechter, als manche polnische Gutsbesitzer durch eigene Schuld, nämlich durch schlechte Wirthschaft und durch ein zu luxuriöses Leben, unser Vaterland verkürzen und dadurch zugleich die Grundlage ihrer Existenz vernichten. Unsere Geistlichkeit verhält sich, wie dies in Westpreußen bei den meisten polnischen Geistlichen der Fall ist, den Germanisirungsbestrebungen gegenüber entweder gleichgiltig oder läßt sie wohl gar fördern. So hat neuerdings in einer Parochie ein neu angestellter Organist angefangen, bei den an den Wochentagen abgehaltenen Messen den Gesang deutscher Lieder einzuführen. Der polnische Geistliche bedauert diese Neuerung, aber schweigt, weil er seinerseits nicht Energie genug besitzt, um dem Organisten sein willkürliches Verfahren zu verbieten, andererseits nicht als polnischer Agitator ausgeschrien sein will, was ihm die Feindschaft seines Kirchenpatrons zuziehen würde. Da der Geistliche den deutschen Kirchengesang schweigend duldet, so verhalten sich auch die polnischen Parochianen ruhig u. s. w." Diese Schilderung der Verhältnisse im Kreise Flatow mag ganz zutreffend sein, nur muß man dabei im Auge behalten, daß dieser Kreis überwiegend deutsch ist und seit Jahrhunderten schon von Deutschen besiedelt wurde. Ganz verfehlt aber wäre es, wollte man von der Lage des Deutschthums in dem einen Kreise auf die Lage des deutschen Elementes in ganz Westpreußen und Posen schließen. Dort, wo an der Sprachgrenze das deutsche Element mit dem polnischen zusammentrifft, mag das Deutschthum vielleicht heute noch Fortschritte machen und hier und da den polnischen Gegner verdrängen. In den Kreisen Posens und Westpreußens aber, wo sich Deutsche und Polen die Waage halten, oder wo das Polenthum gar überwiegt, haben die Deutschen stark an Terrain verloren. Wahrscheinlich haben dort in den letzten 35 Jahren mehr als 50,000 Deutsche ihre Muttersprache mit der polnischen vertauscht. Diese Thatsache ist den polnischen Blättern sehr genau bekannt, aber sie hüten sich ängstlich, dieselbe zuzugestehen. Im Gegentheil suchen sie dieselbe zu verschleiern, dadurch, daß sie immerfort von Germanisation der Polen reden und sich über das angebliche Anwachsen der Deutschen und ihres Einflusses in Posen und Westpreußen bitter beklagen. Zu bedauern bleibt nur, daß ein großer Theil des deutschen Volkes und der deutschen Presse den heuchlerischen Klagen der Polen glaubt und sich der Thatsache verschließt, daß gegenwärtig nicht der Pole, sondern der Deutsche im Osten des deutschen Reiches des Schutzes seiner Nationalität bedarf.

* Aus **Hamburg**, 10. August, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: „Wie ich Ihnen bereits telegraphisch mittheilte, glaubt die Polizei am Freitag Abend einen guten Fang gemacht zu haben. Der Altonaer Polizeicommissar Engel, der mit der Ueberwachung der Bestrebungen der Socialisten für ganz Nordwestdeutschland betraut ist, hatte längst den Verdacht, daß der Import von verbotenen Druckschriften, von Correspondenzen zwischen den amerikanischen und inländischen Führern der anarchistischen Partei und den Führern der deutschen Anarchisten und Sendungen von Sprengstoffen über Hamburg geschieht. Vor Ankunft des englischen Dampfers „Elizabeth", Capitain Turney, der zwischen Hull und Hamburg fährt, war Engel unterrichtet worden, daß mit demselben ein solcher Transport zu erwarten stehe. In Begleitung des Criminalbeamten Gätgens begab sich daher am Freitag Abend Engel, als der Dampfer „Elizabeth" in den hiesigen Hafen einlaufen wollte, an Bord desselben und wahrs, nachdem am Sandthorquai noch zwei Hamburgische Polizeiofficianten hinzugezogen worden waren, einen längst verdächtigen Matrosen in Haft, dessen Effecten in den Kojen dann durchsucht wurden. Es wurden ganze Ballen des „Rebell", der „Freiheit" und anarchistischer, in Rußland und Polen gedruckter Schriften gefunden. Eine gleichzeitig bei drei anderen Matrosen vorgenommene Durchsuchung ihrer Effecten hatte ebenfalls überraschende Erfolge. Es sollen ein Mitgliedsverzeichniß von Gruppen der anarchistischen Partei in Deutschland und Oesterreich und verschiedene Briefschaften beschlagnahmt worden sein. Man läßt sogar Packete mit Dynamit und Sprengbomben gefunden sein. Wie viel Wahres, wie viel Uebertreibung in diesen Angaben ist, wird abzuwarten sein. Während ein Extrablatt der hiesigen „Tribüne" von gestern einen solchen Fund behauptet, sagt die deutige „Reform", daß die Besprechung über Confiscation anderer gefährlicher Sachen vorläufig aus begreiflichen Gründen unterbleiben muß, während die „Hamburger Nachrichten" über diese Angelegenheit gänzlich schweigen. Aus den gefundenen Schriften soll hervorgehen, daß die vier Matrosen, die verhaftet und nach Hamburg eingeliefert wurden, von wo sie der Altonaer Polizei werden zugeführt werden, einem in Hull bestehenden Anarchistenbunde angehören. Die Arrestaten sind aus der Gegend von Stettin, und werden wahrscheinlich in Altona abgeurtheilt werden. Man nimmt an, daß der Capitain Turney, der von dem Besuch der Polizei am Bord höchlichst überrascht war, von dem Treiben seiner Leute Nichts gewußt habe. Der ganze Vorfall erregt, wie begreiflich, in der Stadt großes Aufsehen." — (Aus **London** wurde telegraphisch gemeldet: der „Daily Telegraph" bestätigt, daß die in Ottersen verhafteten vier Matrosen eines englischen Dampfers Mitglieder eines in Hull durch einen Zweigverein vertretenen communistischen Arbeitervereins seien. Die Huller Polizei hätte bereits seit geraumer Zeit das Treiben dieses aus zahlreichen Mitgliedern bestehenden Vereins überwacht, jedoch bisher keine Veranlassung gefunden, gegen denselben einzuschreiten.)

* Die in der letzten Session des **bayerischen Landtages** beschlossene **Reorganisation des bayerischen Forstwesens** ist gegenwärtig in Durchführung begriffen. Eine der wichtigsten Neuerungen betrifft die subalterne Forstbranche. Dieselbe recrutirte sich bisher zu einem großen Theil aus jungen Leuten, welche in den Schulen soweit fortzukommen trachteten, daß sie den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligendienst bekamen, um nach ihrem Militairdienst in die niedere Forstbranche einzutreten, oder aus Leuten, welche nicht einmal soweit kamen, sondern welche fanden, daß sie ihre Studien nicht weiter führen konnten, dieselben unterbrachen und in der Forstbranche ein Fortkommen suchten. Es ist selbstredend, daß dieses Material nicht immer ein dem Zweck entsprechendes war, daher das Streben der Forstbehörde denn auch dahin geht, sich

SLUB
Wir führen Wissen.